



BVwG

Bundesverwaltungsgericht
Republik Österreich

Postadresse:
Erdbergstraße 192 – 196
1030 Wien
Tel: +43 1 601 49 – 0
Fax: +43 1 711 23 – 889 15 41
E-Mail: einlaufstelle@bvwg.gv.at
www.bvwg.gv.at
DVR: 0939579

Geschäftszahl:

W131 2237371-2

Auftraggeber:

Republik Österreich (Bund), Bundesministerium für Landesverteidigung und Bundesbeschaffung GmbH

Vergabeverfahren:

ein oder mehrere Vergabeverfahren im Zusammenhang mit Antigentests im zweiten Halbjahr 2020, Bezeichnungen des Vergabeverfahrens bzw der Vergabeverfahren bislang unbestimmt, auch: Direktvergabevorbringen bzw Vorbringen von Verhandlungsverfahren ohne vorherige Bekanntmachung bzw Vorbringen von diesbezüglichen Rahmenvereinbarungssachverhalten

Bekämpfte gesondert anfechtbare Entscheidung:

Wahl des Vergabeverfahrens (Direktvergabe ohne Bekanntmachung) sowie die Aufforderungen zur Angebotsabgabe im Verhandlungsverfahren ohne Bekanntmachung sowie die erneuten Aufrufe zum Wettbewerb auf Basis der bestehenden Rahmenvereinbarungen mit der BBG;

Verhandlungstag:

24.04.2024; im Fortsetzungsfall am 02.05.2024

Verhandlungsbeginn:

12:30 Uhr; im Fortsetzungsfall 09:00 Uhr

Verhandlungsort:

Bundesverwaltungsgericht, Erdbergstraße 192-196, 1030 Wien, Verhandlungssaal 31
im Fortsetzungsfall Verhandlungssaal 2

Datum der Bekanntmachung:

26.03.2024

Hinweis auf Präklusionsfolgen (Verlust der Parteistellung im Nachprüfungsverfahren)

Bitte beachten Sie, dass Unternehmer, die durch die vom Antragsteller begehrte Entscheidung unmittelbar in ihren rechtlichen geschützten Interessen nachteilig betroffen sein können, Parteistellung in dem Nachprüfungsverfahren genießen. Sie verlieren ihre Parteistellung, wenn sie ihre begründeten Einwendungen gegen die vom Antragsteller begehrte Entscheidung nicht binnen **zehn Tagen** ab der Bekanntmachung der Verfahrenseinleitung erheben.

Der in einer Zuschlagsentscheidung für den Zuschlag in Aussicht genommene Bieter verliert seine Parteistellung, wenn er seine begründeten Einwendungen gegen die vom Antragsteller begehrte Entscheidung nicht binnen **zehn Tagen** ab Zustellung der persönlichen Verständigung über die Einleitung des Nachprüfungsverfahrens erhebt.

Wenn eine mündliche Verhandlung vor Ablauf dieser Fristen stattfindet, können die Einwendungen spätestens in der mündlichen Verhandlung erhoben werden.

Ein Unternehmer, der glaubhaft macht, dass er durch ein unvorhergesehenes oder unabwendbares Ereignis verhindert war, rechtzeitig Einwendungen zu erheben, und den kein Verschulden oder nur ein milderer Grad des Versehens trifft, kann binnen **zwei Wochen** nach dem Wegfall des Hindernisses, jedoch spätestens bis zum Zeitpunkt der rechtskräftigen Entscheidung des Nachprüfungsverfahrens beim Bundesverwaltungsgericht begründete Einwendungen erheben. Solche Einwendungen gelten als rechtzeitig erhoben und sind vom Bundesverwaltungsgericht zu berücksichtigen.

Für weitere Fragen und Auskünfte steht das Bundesverwaltungsgericht während der Amtsstunden gerne zur Verfügung.